



Berlin, 23. Januar 2008

Pressemitteilung

Steuergewerkschaft zur Pendlerpauschale: Bundesfinanzminister muss Regelung sofort korrigieren

Nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur Pendlerpauschale hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zum sofortigen Handeln aufgefordert. „Der Minister sollte von sich aus die bestehende Regelung noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ändern und so den Rechtsfrieden wiederherstellen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek am 23. Januar 2008 in Berlin. Dafür habe der Bundesfinanzhof „ein deutliches Signal gesetzt“.

Die Kürzung der Pendlerpauschale verstößt gegen die Verfassung, erklärte der Bundesfinanzhof am 23. Januar. Die Fahrten seien rein beruflich veranlasst und müssten daher bei der Steuerzahlung berücksichtigt werden. Zwei Klagen von Steuerzahlern leitet der Bundesfinanzhof damit zur Klärung an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weiter.

Die DSTG hatte seit langem eine Korrektur der Kürzung der Pendlerpauschale gefordert.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel. 030 - 206 256 - 600
Fax 030 - 206 256 - 601